

Die EU-Sanktionen gegen Russland zeigen ihre Wirkung: Sie haben den Rubel auf ein Rekordtief gedrückt. Die russische Wirtschaft ist in Bedrängnis. Darunter leiden auch Luxemburger Unternehmen, die in Russland seit Jahren Geschäfte machen. Sie wünschen sich, dass das Katz-und-Maus-Spiel in der Politik aufhört.

MARTINE HEMMER
martine.hemmer@telecran.lu

Es dürfte ein mulmiges Gefühl sein, mit dem die luxemburgischen Ingenieure, die zurzeit im ukrainischen Dniprodzschynsk eine Kohlestaubeinblasanlage bauen, ihre Reise angetreten haben. Zwar liegt die Industriestadt mit dem Zungenbrecher-Namen, in der Sowjet-Chef Leonid Breschnew zur Welt kam, rund 100 Kilometer vom Krisengebiet entfernt, doch der Anlagenhersteller Paul Wurth hat von Luxemburg aus ein achtsames Auge auf seine Mitarbeiter. „Wir überprüfen täglich die Flug- und Zugverbindungen, um sie notfalls schnell zurückholen zu können“, erklärt Georges Rassel, zurzeit noch Chefmanager im operativen Geschäft und designierter Nachfolger von Generaldirektor Marc Solvi. Er hofft, die Großbaustelle im Stahlwerk von Dniprodzschynsk in zwei bis drei Monaten abschließen zu können.

Obwohl es im Moment dort ruhig ist – anders als in Mariupol, wo Paul Wurth seit 2008 ein Repräsentationsbüro mit fünf Mitarbeitern besitzt. In der Hafenstadt am Asowschen Meer bedrängen Separatisten weiterhin die ukrainischen Regierungstruppen. Trotz vereinbarter Waffenruhe fallen in den Straßen regelmäßig Schüsse. „Erst vor ein paar Tagen gab es noch eine große Explosion. Wir raten unseren Angestellten dann natürlich davon ab, das Haus zu verlassen, um zur Arbeit zu fahren. Die Sicherheit geht vor“, betont Georges Rassel. Die Wirtschaft in den östlichen Regionen liege ohnehin brach. Paul Wurth hat dort einige Großkunden, unter anderem in der Metropole Charkow, die nur 40 Kilometer von der russischen Grenze entfernt liegt. „Es ist klar, dass wir zurzeit keinen Vertreter oder Techniker dorthin schicken. Doch es schadet den Geschäften, wenn der Kontakt zum Kunden abbricht“, sagt der Manager.

Hochöfen aus Luxemburg. Paul Wurth hat bereits zu Sowjetzeiten Hochofen-Technik in den Ostblock exportiert. Russland ist schon lange ein lukrativer Markt für das Traditionsunternehmen. Die Föderation ist heute der drittgrößte Stahlproduzent weltweit, hinter Indien und China. In den vergangenen zehn Jahren hat der Konzern seine Präsenz durch eine Vertretung in Moskau und die Joint-Venture mit einem russischen Hydraulikerhersteller in Kowrow verstärkt. In guten Jahren machte Paul Wurth 20 Prozent seines Umsatzes in Russland. Je nach Investitionsvolumen schwankten die Zahlen häufig: ein Jahr verdiente der Konzern in Russland 20 Millionen Euro, im darauffolgenden Jahr plötzlich 100 Millionen Euro. Doch Paul Wurth konnte sich gut gegen die internationale Konkurrenz behaupten. Wenn weniger Aufträge aus Russland im Hauptquartier im Luxemburger Bahnhofsviertel eingingen, lag es daran, dass Stahlgiganten wie Evraz nicht in neue Anlagen investierten. Mittlerweile stehen überall in Russland so viele Hochöfen aus dem Hause Paul Wurth, dass es sich für den Konzern lohnt, verstärkt auf Dienstleistungsangebote zu setzen. Schließlich müssen die Stahlkocher auch regelmäßig gewartet

Im Überblick

EU-Sanktionen gegen Russland



Foto: Reuters

Mittlerweile hat die EU 119 Personen, denen enge Beziehungen zur russischen Regierung nachgesagt werden, mit Kontensperrungen und Einreiseverboten belegt. Anleihen und andere Wertpapiere russischer Banken, die mehrheitlich in Staatsbesitz sind, dürfen zurzeit nicht in der EU gehandelt werden. Konzerne mit staatlicher Beteiligung wie die Energiekonzerne Rosneft, Transneft oder Gazprom sowie drei Rüstungskonzerne dürfen sich kein Kapital mehr auf den europäischen Finanzmärkten beschaffen. Für die Ausfuhr bestimmter Technologiegüter nach Russland müssen sich europäische Firmen eine Genehmigung bei ihren jeweiligen nationalen Behörden holen. Produkte für die Ölförderung in der Tiefsee und in der Arktis sowie für die Schieferölgewinnung dürfen nicht nach Russland exportiert werden. Ferner darf nicht mit militärischem Material gehandelt werden. Auch sogenannte Dual-Use-Güter, Produkte die sowohl für militärische als auch zivile Zwecke genutzt werden können, dürfen EU-Unternehmen nicht mehr nach Russland liefern. mh

mehr



Als Direktor fürs operative Geschäft ist Georges Rassel beim Anlagenbauer Paul Wurth auch für die Repräsentationsbüros in Moskau und Mariupol zuständig. Das Luxemburger Traditionsunternehmen exportiert seit vielen Jahren Hochofentechnik nach Russland.

Foto: Serge Waldbillig

werden. In Kowrow stellt der Konzern bereits Ersatzstücke her. „Wir brauchen aber noch mehr qualifizierte Techniker, die unsere Kunden vor Ort unterstützen, wenn die Hochöfen in Betrieb sind.“

Georges Rassel schätzt die russische Klientel für ihre Zuverlässigkeit und ihren Sinn für Qualität: „Die Russen können sich noch für Technik begeistern und schielen nicht sofort auf den Preis.“ Habe man sie erst einmal überzeugt und die Verträge seien unterzeichnet, dann laufe fast alles wie von selbst. „Der russische Kunde zahlt pünktlich und oft ohne Reklamation.“

Paul Wurth ist von den EU-Wirtschaftssanktionen nicht direkt betroffen und darf weiter in Russland Hochofenanlagen verkaufen, doch das politische Tauziehen verschlechtert das Geschäftsklima. „Wenn zum Beispiel der Bau einer großen Pipeline auf Eis liegt, weil die Gasförderung gedrosselt wird, betrifft das auch uns. Nämlich dann, wenn der Stahlhersteller, der die entsprechenden Rohre herstellt, wegen der Sanktionen nicht wie geplant seine Kapazitäten erhöht“, erläutert Georges Rassel.

Als Maschinenbauer muss Paul Wurth zurzeit beim Export Papiere vorweisen, die belegen, dass die verkauften Produkte nicht auf den Sanktionslisten stehen. Auch der Zahlungsverkehr ist dadurch schwerfälliger geworden, da die Banken ganz genau prüfen, aus welchen Geschäften mit russischen Kunden das Geld stammt, bevor sie es dem Empfänger gutschreiben.

Das Embargo hat Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Luxemburg und Russland. Obwohl die hiesige Industrie weder Güter ans russische Militär liefert noch Material zur Ölförderung exportiert. Wenn bei Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer, das Telefon klingelt, dann sind in letzter Zeit oft besorgte Firmenchefs dran, die auf dem russischen Markt aktiv sind. Besonders Mittelständler fürchten, bald nicht mehr dorthin liefern zu dürfen. „Wir versuchen unsere Mitglieder zu beruhigen. Die Exportrisiken sind nur gering gestiegen. Jeder, der möchte, soll nach Russland verkaufen, solange seine Produkte nicht unter die Sanktionen fallen“, lautet der Appell.

Expansion in Krisenzeiten. So hat sich der Batteriegehäuse-Hersteller Accumalux nicht von den politischen Ost-West-Verstimmungen abschrecken lassen und hat Anfang September sogar eine Fabrik in der Autostadt Toljatti eröffnet. Hier wird seit 1966 der Lada gebaut. Accumalux produziert außer in Luxemburg auch in Tschechien, Bulgarien und Australien und beschäftigt rund 200 Mitarbeiter. Sechs Jahre lang hatte der Vorsitzende des in Kockelscheuer ansässigen Unternehmens, Charles-Louis Ackermann, an der Expansion auf dem russischen Wachstumsmarkt gearbeitet. Als es soweit sein sollte, stürzte die Passagiermaschine der Malaysia Airlines über der Ostukraine ab und westliche Politiker drängten auf schnelle Sanktionen gegen Russland. „Uns war nicht klar, ob es dann überhaupt noch möglich sei, als Europäer eine Firma in Russland zu gründen“, erinnert sich Charles-Louis Ackermann. „Natürlich haben wir uns gefragt, ob wir diesen Schritt tatsächlich wagen sollen. Doch Ministerien und Botschaften haben uns darin bestärkt.“

Wer vor Ort produziert, hat zurzeit den Vorteil, dass er Kurschwankungen umgehen kann. Der Rubel befindet sich seit Beginn der Ukraine-Krise im freien Fall. Darunter leiden besonders die europäischen Automobilhersteller, die Hauptabnehmer der Batterien, die mit den Gehäusen, Deckeln und Kästen aus Luxemburger Produktion ausgestattet werden. Sollte Russland seine Drohung wahr machen, Autoimporte aus der EU und den USA zu stoppen, hätte diese also auch für Accumalux negative Konsequenzen. „Wir könnten einen Teil der Verluste jetzt zwar

über unsere Produktion in Russland kompensieren, doch dies auf Kosten des Luxemburger Standorts“, sagt Charles-Louis Ackermann.

Russland steht an zwölfter Stelle der Länder, in die Luxemburg Waren exportiert. Eine beachtliche Platzierung, wenn man weiß, dass europäische Staaten wie Schweden (Platz 13) und Dänemark (Platz 19) oder große Volkswirtschaften wie die Türkei (Platz 16), Kanada (18) und Brasilien (22) von der ehemaligen Sowjetrepublik abgehängt wurden. Im vergangenen Jahr gingen Güter im Wert von 156,7 Millionen Euro von Luxemburg nach Russland, überwiegend Stahl sowie Maschinen, technische Anlagen, Autoteile und elektronisches Equipment. Was den Export von Dienstleistungen anbelangt, steht Russland auf Platz 32 der Luxemburger Handelspartner. Obwohl der Wert sich hier auf rund 200 Millionen beläuft, also der Export der Dienstleistungen dem der Güter längst den Rang abgelaufen hat, schlummern hier die größten Chancen – im Tourismus, im Logistikgewerbe, in der Informations- und Kommunikationstechnologie und vor allem auf dem Finanzsektor.

Bereits jetzt ist es die Finanzbranche, die am stärksten mit der russischen Wirtschaft verflochten ist. Geplant war, dass Luxemburg Moskau beim Aufbau eines eigenen Finanzplatzes als Partner unterstützt. Luxemburg ist mit 37 Milliarden Euro der drittgrößte ausländische Investor in Russland. Ein Großteil des Kapitals dürfte aus Russland auf Luxemburger Konten fließen, um wiederum in Russland investiert zu werden. Mit den Sanktionen will die EU nun den russischen Unternehmen den Zugang zu den Kapitalmärkten erschweren. Es ist es verboten, Anleihen bestimmter russischer Energie- und Rüstungskonzerne in der EU zu handeln. Das gleiche gilt für Wertpapiere, die von Banken stammen, die zu mehr als 50 Prozent in russischem Staatsbesitz sind.

Paul Wurth hat erst kürzlich eine hochmoderne Hochofenanlage im russischen Lipezk gebaut.



Foto: Paul Wurth

Wie stark sich die finanzpolitischen Sanktionen auf Luxemburg auswirken, mag selbst der Wirtschaftskenner Carlo Thelen noch nicht abschätzen: „Die beiden russischen Banken mit einer Filiale in Luxemburg (East-West United Bank, Gazprombank), sind nicht von den Sanktionen betroffen. Doch viele russische Fonds werden bei uns aufgelegt. Wenn die EU die Finanzflüsse blockiert, hat dies früher oder später auch Folgen für Luxemburg. Doch unser Finanzplatz ist ausreichend diversifiziert, um dies zu verkraften.“

Im Tourismus zeigen sich jetzt schon die Auswirkungen der Ukraine-Krise. Es kommen weniger russische Besucher nach Luxemburg, die auch im hauptstädtischen Einzelhandel als kauffreudige Klientel geschätzt wurden.

Ein unverdächtiger Partner. „Wir haben sehr viel Energie in den Aufbau guter Handelsbeziehungen gesteckt und hatten für die Zukunft noch viel vor. Dieser Elan hat nun einen kräftigen Dämpfer bekommen. Eine Wirtschaftsmission nach Moskau musste im September abgesagt werden“, bedauert Carlo Thelen. Doch die Handelskammer hält den Kontakt zu ihren russischen Ansprechpartnern aufrecht. Geschäftsdelegationen, die nicht von den Sanktionen betroffen sind, empfängt die Unternehmensvertretung weiterhin. Carlo Thelen plädiert dafür, den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen, damit man, sobald sich die politische Lage beruhigt hat, dort weiter machen kann, wo man vor der Krise aufgehört hat. Der Vorteil: Luxemburg steht trotz EU- und Nato-Mitgliedschaft für Neutralität. „Für viele Länder sind wir ein zuverlässiger und politisch unverdächtiger Partner“, fasst Carlo Thelen zusammen.

Retourkutsche aus dem Kreml. Der Direktor der Handelskammer glaubt ohnehin nicht an die Wirkungskraft von Sanktionen. Er bezweifelt, dass Putin und die Hardliner in seinem Umfeld sich davon umstimmen lassen. Stattdessen würden die



„Ministerien und Botschaften haben uns darin bestärkt, unsere Fabrik in Russland zu eröffnen.“

Der Accumalux-Firmenvorsitzende Charles-Louis Ackermann hat im vergangenen Monat eine Produktionsstätte in Toljatti eingeweiht.

Foto: Guy Jallay

„Russland braucht die Einnahmen aus dem Gasgeschäft.“

Carlo Thelen, Direktor der Handelskammer, glaubt nicht, dass Wladimir Putin den Europäern die Energielieferung tatsächlich verweigern wird.

Betriebe und ihre Angestellten bestraft. „Man kann nur hoffen, dass das Katz-und-Maus-Spiel bald aufhört.“ Denn auch Präsident Wladimir Putin wäre in der Lage, auf sehr schmerzhaft Weise Druck auf die Europäer auszuüben. Zum Beispiel, indem er ein Überflugverbot für das riesige russische Staatsgebiet verhängt. Dies würde hierzulande die Frachtgesellschaft Cargolux treffen. Er könnte den Europäern aber auch den Gashahn zudrehen. Auch dann würde Luxemburg in Schwierigkeiten geraten. 20 Prozent des importierten Erdgases kommt aus Russland. Der Rest stammt aus Norwegen, Katar und den Niederlanden. Doch Carlo Thelen glaubt nicht, dass Wladimir Putin tatsächlich ein Interesse daran hat, die Lieferungen nach Europa zu stoppen. „Russlands Wirtschaft leidet. Das Land braucht die Einnahmen aus dem Gasgeschäft dringend.“

Derweil boykottiert Russland die meisten Agrarprodukte aus Europa. Luxemburg liefert Lebensmittel im Wert von acht Millionen Euro im Jahr nach Russland. Der gesamtwirtschaftliche Schaden hält sich daher in Grenzen. Anders als etwa Belgien oder die Niederlande ist Luxemburg kein großer Obst- und Gemüse-Exporteur, sondern handelt vor allem mit tierischen Produkten. Luxlait versucht seit geraumer Zeit, sich mit fertigen Produkten wie Joghurt, Quark, Schnittkäse und Buttermilch einen Absatzmarkt in Russland zu erschließen. Damit ist jetzt vorerst Schluss. In Schwierigkeiten bringt Putins Retourkutsche die Molkerei jedoch nicht. Langfristig könnten aber die Luxemburger Milchbauern unter dem Embargo leiden, das ein ganzes Jahr andauern soll. Durch das russische Einfuhrverbot entsteht auf dem europäischen Markt ein Überschuss, der den ohnehin niedrigen Milchpreis weiter drückt. Die Kommission in Brüssel hat bereits finanzielle Hilfen für die Lagerung von Butter und Magermilchpulver zugesagt.



Carlo Thelen bleibt als Sprachrohr der Luxemburger Unternehmen im Ausland mit seinen russischen Partnern im Gespräch.

Foto: Steve Eastwood



Eine gewachsene Beziehung: Ex-Premier Jean-Claude Juncker soll sich besonders gut mit Wladimir Putin verstehen. Der sonst so reservierte Putin ließ sich 2012 sogar zu einem „High Five“ mit Juncker hinreißen, als er diesen im Kreml empfing. Vielleicht kann Juncker nun als Kommissionspräsident der EU den Konflikt zwischen Moskau und Brüssel entschärfen. 2007 war Wladimir Putin mit seiner damaligen Ehefrau Ljudmila auf Staatsvisite im Großherzogtum.

Foto: AP



Foto: Reuters

